



## BERICHT AUS DEM THÜRINGER LANDTAG - AUSGABE JUNI

### Unser Wald und die Waldbesitzer brauchen Unterstützung - Waldrettungs-Paket geplant



Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag hat ein 500 Millionen Euro schweres Paket für die nächsten zehn Jahre zu Rettung der Wälder in Thüringen auf den parlamentarischen Weg gebracht. In dieser Woche hat sich der Landtag in Erfurt erstmals mit einem Gesetzentwurf sowie einem entsprechenden Antrag befasst. „Nach den Sturmschäden sowie den extrem heißen Sommern der vergangenen Jahre ist die Ausbreitung des Borkenkäfers so hoch wie zuletzt vor mehr als 70 Jahren“, so Landtagsabgeordneter Andreas Bühl. „Ein Großteil der Anpflanzungen und Kulturen ist vertrocknet. Der Regen der letzten Wochen durchdringt kaum die oberen Erdschichten. Den Waldeigentümern droht weiter der Totalverlust. Sie sind finanziell nicht mehr in der Lage das Schadholz aufzuarbeiten.“ Das liege auch daran, dass die Preise

am Holzmarkt zusammengebrochen seien. Die Reserven der kommunalen und privaten Waldeigentümer sind aufgebraucht, Mitarbeiter und Betriebe erschöpft.

„Wir dürfen die Waldbesitzer in unserer Region nicht alleine lassen“, sagte Bühl. Die CDU-Fraktion hat dabei nicht nur den Landeswald im Blick, sondern vor allem die kommunalen und privaten Waldbesitzer. Hier gehe es nicht nur um Hilfen für viele Eigentümer von kleinen Parzellen, die sich zum Teil schon seit Generationen in Familienbesitz befinden, sondern um die Bewahrung unserer aller Lebensgrundlage, nicht nur für den ländlichen Raum. „Auch unsere Wälder im Ilm-Kreis erfüllen eine wichtige Schutz- und Erholungsfunktion. Wälder leisten einen unverzichtbaren Beitrag für den Klimaschutz. Sie liefern uns den Baustoff Holz, prägen unser Landschaftsbild und sind unverzichtbare Grundlage für rund 40.000 Arbeitsplätze in der Thüringer Holzindustrie.“

Mit Sorge betrachtet Bühl den Zustand der Wälder am mittleren Rennsteig. Laut Waldzustandsbericht von ThüringenForst sind inzwischen sieben von zehn Bäumen erkrankt. „Für unseren Wald ist es also nicht fünf vor Zwölf, sondern bereits halb eins. Darum müssen wir nachhaltig helfen.“, sagte Bühl abschließend.

### Bahnhalt in Ilmenau-Wümbach muss kommen! Studie erster Schritt!

Am Dienstag, den 16. Juni, trafen sich Staatssekretärin Susanna Karawanskij (Die Linke) aus dem Infrastrukturministerium sowie Landrätin Petra Enders (Linke), Ilmenaus Beigeordneter Eckhard Bauerschmidt (Linke) mit Rektor Prof. Scharff der TU Ilmenau mit Landtagsabgeordneten Andreas Bühl (CDU) sowie Christian Schafft (Linke). Bühl hatte um das Treffen gebeten, um einen Einsatz des Landes für einen IC-Halt in Ilmenau-Wümbach zu erreichen. Bisher gab es von der Landesregierung dazu eine eher ablehnende Haltung. Zum Treffen teilte Bühl mit:

„In dem parteiübergreifenden Treffen habe ich mich erneut für den IC-Halt stark gemacht. Im Ergebnis soll es nun eine



Studie zu den Chancen geben, mit der wir alle gemeinsam bei der Deutschen Bahn für den Halt werben müssen. Die lokale Politik von Stadtrat und Kreistag hat sich geeint und sich geschlossen für den IC-Halt ausgesprochen. Dies ist auch ganz klar von der Landesregierung nötig, die bisher keinen starken Einsatz dafür gezeigt hat. Das muss sich nun ändern. Deshalb freut mich die Zusage von Staatssekretärin Karawanskij. Doch die Studie muss es nun schnell geben, denn die Zeit läuft. Eine IC-Bahnverbindung von Erfurt nach Coburg, wie vom Land schon bestellt, darf es ohne weiteren Halt in Thüringen nicht geben. Dieser Halt in Wümbach würde Ilmenau noch attraktiver machen, sowohl für Studenten, die einfacher ihre Heimreise antreten können. Sondern dies gilt auch für Familien, denen eine neue einfache Reisemöglichkeit geschaffen werden würde.“

## CDU-Fraktion macht drohende Motorrad-Fahrverbote zum Thema im Landtag

Die CDU-Fraktion hat das drohende Sonntagsfahrverbot für Motorräder zum Thema einer aktuellen Stunde zur nächsten Landtagssitzung gemacht. „Wir wollen damit erreichen, dass die Bundesregierung einem entsprechenden Antrag des Bundesrats nicht zustimmt“, so der Verkehrsexperte der Union, Marcus Malsch. Zum einen werde bei weitem nicht jedes Motorrad hochtourig durch die Thüringer Ortschaften gefahren. „Hier wird aus einem Problem einiger weniger unvernünftiger Fahrer ein generelles Verbot für 100.000 Motorradbesitzer allein in Thüringen angestrebt“, so Malsch. Zum anderen sei das Motorrad im ländlichen Raum auch ein Fortbewegungsmittel, das die gerade an den Wochenenden nur sehr sporadisch fahrenden Busse und Bahnen ersetze. Man könne den Menschen auf dem Land doch nicht die Mobilität an Wochenenden und Feiertagen nehmen.

Ebenfalls abzulehnen sei diese Einschränkung der Freiheitsrechte aus touristischer Sicht. „Sonn- und Feiertage sind doch gerade die typischen Tage für Motorradausflüge. Ausgerechnet dann die Benutzung der Maschinen zu verbieten, schädige die Gastronomie und erschwere in Deutschland 4,4 Millionen Zweiradfahrern die Ausübung ihres Hobbys“, sagte Malsch weiter.



## Bühl setzt Mindesthöhe für Landesjugendförderplan durch



„Mit der neuen Mindestförderhöhe für den Landesjugendförderplan haben wir uns an entscheidender Stelle durchgesetzt. Die getroffene Regelung ist ein großer Erfolg für die Jugendarbeit inner- und außerhalb der Schule.“ Mit diesen Worten hat der parlamentarische Geschäftsführer und jugendpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Andreas Bühl, die Verabschiedung der Novelle des Kinder- und Jugendhilfe-

Ausführungsgesetzes kommentiert. Damit ist es der CDU-Fraktion gelungen, auch für die Mittel des Landesjugendförderplans eine Mindestförderhöhe gesetzlich festzuschreiben. „Durch dieses Gesetz wird die finanzielle Ausstattung der Jugendarbeit in Thüringen für die nächsten Jahre gesichert“, erklärte Bühl. Ursprünglich war dies im Gesetzentwurf der rot-rot-grünen Minderheitskoalition nur für den Bereich der Schulsozialarbeit vorgesehen.

Zur Umsetzung des Landesjugendförderplanes gewährt das Land den freien Trägern künftig einen Zuschuss von mindestens 3,8 Millionen Euro jährlich. Das für Kinder- und Jugendhilfe zuständige Ministerium überprüft alle zwei Jahre die Höhe einer Anpassung des Zuschusses, insbesondere in Bezug zu Tarifsteigerungen und unvorhergesehenen Bedarfen und informiert den für Jugend zuständigen Ausschuss des Landtags über das Ergebnis der Prüfung. „Auch in

der überregionalen Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der außerschulischen und kulturellen Jugendbildung ist es wichtig, dass eine engagierte und nachhaltige Arbeit gewährleistet ist. Die überregionalen Angebote unterstützen eine demokratische Kultur und Partizipation. Dafür braucht es eine verlässliche Finanzierung, die jetzt durch unseren Einsatz sogar noch gesteigert werden konnte“, so der CDU-Politiker.